



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 7. Sitzung des Seniorenbeirates (S/007/2016)

am Montag, 11. Januar 2016,

09:00 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 4, 4. Etage, Raum 13,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 09:00 Uhr
Ende der Sitzung: 12:45 Uhr

Anwesend:**stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen**

Klaus Rentsch
 Karl-Heinz Kathert
 Dr. Peter Müller
 Siegfried Müßig
 Dr. Fritz Michalczyk
 Holger Zastrow

stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige

Gudrun Böhmig
 Jürgen Dudeck
 Jürgen Eckoldt
 Monika Fiedler
 Dr. Sieglinde Hauße
 Gertraud Kasten
 Klaus Kummer
 Gabriele Lohse
 Evelyn Müller
 Dr. Rotraut Sawatzki

Abwesend:**stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige**

Bernd Hahn
 Dr. Stefan Ritter

Verwaltung:

Dirk Hilbert	Oberbürgermeister
Dr. Markus Blocher	Amtsleiter Bürgermeisteramt
Dr. Kris Kaufmann	Bürgermeisterin GB 5
Annett Lohse	Sozialamt
Clemens Hirschwald	Sozialamt

Gäste:

Matthias Beine	Geschäftsführer Cultus gGmbH
Eva Helms	Landesinitiative Demenz
Gerda Stender	Sigus e. V. Dr. Müller
Andreas Bendel	ISOR e. V.
Genich Pergalles	DdP

Schriftführer/-in:

Kerstin Kinscher	Stadtratsangelegenheiten
------------------	--------------------------

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 OB-Vorstellung/Beratung - Inhaltliche Schwerpunkte, Ziele
- 2 Festlegungen und Kontrolle der Beschlüsse des Seniorenbeirates
- 3 Schutz und Würde am Ende des Lebens, Hospiz und Palliativversorgung in Dresden
- 4 Landesinitiative Demenz in Dresden
- 5 Niedrigschwellige Angebote - Nachbarschaftshelfer und Alltagsbegleiter
- 6 Asylpolitik in Dresden

Nicht öffentlich

- 7 Auswertung Seniorenbeirat 1 Jahr

Öffentlich

- 8 Sonstiges/Allgemeines

öffentlich

Einleitung:

Herr Stadtrat Rentsch eröffnet die 7. Sitzung des Seniorenbeirates. Beschlussfähigkeit ist festgestellt. Die Ladung erfolgte form- und fristgerecht.

Die Tagesordnung ändert sich wie folgt:

TOP 3 wird nach dem TOP 4 behandelt,

TOP 5 wird auf die nächste Sitzung des Seniorenbeirates am 7. März 2016 verschoben.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

1 OB-Vorstellung/Beratung - Inhaltliche Schwerpunkte, Ziele

Der Oberbürgermeister, Herr Hilbert, informiert zu Beginn zum Thema „Asylpolitik“. Dresden habe seit Anfang September ca. doppelt so viele Asylbewerber aufgenommen, wie in den ersten 8 Monaten zusammen. Momentan sei es so, dass 2/3 aller der Stadt Dresden zugewiesenen Flüchtlinge in Wohnungen untergebracht worden sind, somit eine dezentrale Unterbringung gewährleistet sei. Zum Thema „Asyl/Flüchtlingsunterbringung/Integration“ sei am 15. und 16. Januar 2016 eine Klausur mit den Bürgermeistern und Fraktionsvorsitzenden geplant. Man baue auf ein starkes bürgerschaftliches Engagement. Wie gut das gelingt, hänge vom sozialen Frieden der Stadt ab. Herr Hilbert möchte, dass im Jahr 2016 die 1,05 Euro-Jobs aufgestockt und insbesondere auch da Flüchtlinge im Umfeld ihrer Unterkünfte eingesetzt werden. Er habe die Zielvorgabe, von 200 auf 500 Maßnahmen zu erweitern. Des Weiteren stehe im Frühjahr der nächste Doppelhaushalt für die Jahr 2017/2018 an. Einige große Investitionsvorhaben seien noch zu bewältigen, zum Beispiel der finale Abschluss der Operette oder 2017 des Kulturpalastes. Weitere Schwerpunkte seien die Themen „Schulen“ und „Kita“. Ob es gelinge, dass die Verwaltung den Haushaltsplan intern bis zur Sommerpause abschließt, könne er nicht sagen, man habe extrem wenig Zeit bis zur Sommerpause. Wohnen werde auch ein umfangreiches Thema sein, damit steige man in die Klausurberatung ein. Herr Hilbert ist überzeugt an der Bevölkerungsentwicklung. Dresden habe einen positiven Zuzug von jungen Menschen, die zur Ausbildung nach Dresden kommen und statistisch hier bleiben. Er sehe es optimistischer als die Statistiker und denke, dass bis 2025 die 600 000 - Grenze an Einwohnerzahlen überschritten werde. Darauf müsse man sich vorbereiten und es bedeute, es werden im Jahr 1500 - 3000 neue Wohnungen benötigt, die müssen auf dem Markt angeboten werden, sonst käme es zu einer Preisspirale nach oben. Dazu gehören dann auch die Fragestellungen, beim Umbau Barrierefreiheit zu schaffen.

Herr Kathert stellt die Frage zum Thema „Asylpolitik“, wie es in Dresden um die Sicherheit stehe. Die Vorkommnisse von Köln dürften in Dresden nicht passieren. Des Weiteren interessiere ihn, wie die Zusammenarbeit mit den neu gewählten Bürgermeistern funktioniert.

Zum Thema „Sicherheit“ antwortet **Herr Oberbürgermeister Hilbert**, dass bei jedem Objekt, welches von der Stadt in die Betreuung geht, der Betreiber gefordert ist, ein Sicherheitskonzept entsprechend vorzulegen. Dies sei Bedingung. Der Stadt Dresden müsse gelingen, möglichst zügig die Flüchtlinge, die in Dresden sind, zu beschäftigen und die Verfahren schnell zu durchlaufen. Zum Thema „Zusammenarbeit mit den neuen Bürgermeistern“ könne er sich nicht beschweren. Alle Bürgermeister seien aufgeschlossen. Er sehe den Willen zu einer loyalen Zusammenarbeit. Die erste große Herausforderung werde die Haushaltsaufstellung sein.

Herr Dr. Michalczyk fragt Herrn Oberbürgermeister, wie er zu seinem Vorschlag stehe, auf dem historisch authentischen Ort, auf dem Altmarkt, ein würdiges Gedenken an die 6865 Opfer des Höllenbrandes zu ermöglichen, die 1945 an dieser Stelle verbrannt wurden. Er schlage vor, eine Kopie des Gedenksteines „Tränenmeer“ vom Heidefriedhof bis zum 75. Jahrestag der Zerstörung Dresdens dort aufzustellen. Weiterhin möchte er wissen, ob das Zeitzeugenarchiv am 13. Februar 2016 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werde.

Ein gutes Gefühl zur stadträumlichen Integration von Asylbewerbern in der Wilsdruffer Vorstadt und in Johannstadt habe **Herr Dudeck** und stellt Fragen zur Anerkennung der Ehrenamtstätigkeit.

Frau Fiedler interessiere, wie die Zusammenarbeit Stadt und Polizei im Zusammenhang mit der Drogenkriminalität am Hauptbahnhof sei.

Zur Gedenkstätte „Altmarkt“ gebe **der Oberbürgermeister, Herr Hilbert**, Herrn Dr. Michalczyk recht, man müsse schon wissen, dass auf dem Altmarkt eine Gedenkstätte ist, um sie auch zu finden. Seit Jahren gebe es dazu Diskussionen, wie man eine größere Sichtbarkeit gestalterisch lösen könne. Er wäre einer solchen grundsätzlichen Diskussion gegenüber aufgeschlossen, man müsse nur schauen, was dabei sinnfälliger ist, eine größere Sichtbarkeit zu erreichen. Zur Frage „Zeitzeugenarchiv“ könne er derzeit keine Auskunft geben und reicht die Antwort nach. Herr Hilbert greift das Thema „Integration soziale Stadt Johannstadt“ auf und merkt an, dass dort ein soziales miteinander leben gut funktioniere. Man habe dort auch gute Wohnungspartner. Bei der „Anerkennung Ehrenamtstätigkeit“ müsse man darüber nachdenken, wie von Seiten der Stadt das gestärkt werden könne. Ehrenamtliches Engagement findet man in so vielen Bereichen, da müsse es ein sichtbares Zeichen von Anerkennung für die Arbeit geben. Das Thema Drogenkriminalität am Hauptbahnhof sei ein großes Problem und ist in gewisser Regelmäßigkeit auf der Agenda der Dienstberatung. Er sei sehr dankbar, dass jetzt die Polizei stärkere/häufigere Razzien vornimmt.

Herr Dr. Müller interessiere die Themen „sozialräumliche Ansätze“ mit Blick auf das Wohnen im Alter, die Stadtteile seien die Bezugsgrößen für Ältere. Erinnerungskultur beziehe sich auch auf Stadtteilgeschichte/Stadtteilgestaltung. Der Oberbürgermeister könne den Zusammenhang Ortsbindung Älterer und eine entsprechende Stadtteilgestaltung - zum Beispiel Fußwege/Straßenquerung, die soziale Mischung, Mischung des Wohnungsangebotes - mitnehmen. Zum Thema Wohnen selbst merke er an, dass Massenunterkünfte in Containerbauweise von der Stadt vorgesehen waren und er gehe davon aus, dass dies vom Tisch sei. Es gebe Befürchtungen vieler Älterer in Bezug auf die Wohnungsanmietung bei privaten Vermietern für 10 Euro pro m² als öffentliche Hand, wie sich das auf den Wohnungsmarkt auswirke, vor allem hinsichtlich des Mietspiegels. Des Weiteren stellt er Fragen im Zusammenhang mit den Grundstücksverkäufen der Stadt, die in anderen Konzepten eingebunden sind, wie zum Beispiel Spielplatz Winterbergstraße/Ecke Rennplatzstraße, zum Themenbereich „Erinnerungskultur“ und „Ehrenamtstätigkeit“. Er erinnere daran, dass es ein beschlossenes Ehrenamtskonzept in der Stadt gebe. Gerade die Flüchtlingsproblematik zeige, dass dies verstärkt mit einzubeziehen ist und er vermisse das bei Umsetzung des Konzeptes.

Frau Dr. Hauffe liege das Thema „Begegnungsstätten“ am Herzen. Sie fragt den Oberbürgermeister, welche Bedeutung Begegnungsstätten für ihn haben, wie die Stadt künftig diese unter-

stützen und fördern werde und welche Aufgaben er bei den Ortsbeiräten sehe hinsichtlich der Zusammenarbeit.

Der Oberbürgermeister, Herr Hilbert, antwortet auf die Fragen zu den sozialräumlichen Ansätzen und Erinnerungskultur in Verbindung mit Stadtteilen, dass man in Zukunft den Ortsamtsbereichen eigene Budgets zur Verfügung stellen werde. „Containerbauweise Asyl“ sei ein zweischneidiges Schwert und es werde über Alternativen diskutiert. Er lehne weiter Turnhallen und größere Zelte ab. So gebe es jederzeit Konflikte. Zu dem Mietpreis 10 Euro pro m² habe man sich mit den Fraktionen abgestimmt, dass man im Stadtrat den Betrag nicht verabschiede, sondern eine geringere Obergrenze festlegt. Die Stadt gehe nur bis zu einem gewissen Mietbetrag mit. Allerdings sehe er das so, dass die 10 Euro pro m², am Beispiel Großenhainer Straße, finanziell deutlich günstiger für die Stadt sind als ein Containerstandort. Eine Wohnungsunterbringung, die für eine gewisse Zeit angemietet wird, sei immer noch viel preisgünstiger. Man komme wohl wissend in die Diskrepanz, wenn dem stattgegeben wird, dass eine Preisspirale auf dem Mietmarkt entstehen würde. Deshalb suche man nach Objekten, die im Bestand da sind, wie zum Beispiel Hotels. Zum Thema „Wohnen“ seien derzeit gewisse Flächen zur Veräußerung vorgesehen in Richtung Genossenschaften. So viele eigene Flächen habe die Stadt Dresden nicht. Deshalb gebe es einen gewissen Nutzungskonflikt. „Begegnungsstätten“ halte er für wichtige Einrichtungen - von der Jugend bis zum Alter -. Auch in den ländlich geprägten Einrichtungen, wie zum Beispiel in Mobschatz, sehe man auch, wie gut das funktionieren könne.

Frau Dr. Hauffe äußert, dass die Ausführungen noch nicht ihre angesprochenen Probleme betreffe. Die Begegnungsstätten würden schon heute eine hervorragende Arbeit leisten, nicht nur im Seniorenbereich. Ihre Frage wäre, wie die Stadt künftig, also auch den wachsenden Aufgaben der Begegnungsstätten gerecht werde und welche Unterstützung und Förderung es gebe. Sie wünsche sich auch, eine stärkere aktive Zusammenarbeit der Ortsbeiräte mit den Begegnungsstätten. Dort könne noch viel passieren. Auch gerade im Hinblick auf Flüchtlinge sehe sie, dass die Aufgaben wachsen.

Der Oberbürgermeister, Herr Hilbert, erwidert darauf, dass müsse vor Ort selbst organisiert werden.

Zum Thema Mobilität führt **Herr Kummer** aus, dass sich der Seniorenbeirat dem „Fußverkehr“ stark widme. Es tue sich etwas in der Stadt durch den Verkehrsentwicklungsplan. Zum „Holperpflaster“ seien einige Dinge durch die Oberbürgermeisterin a. D. im planerischen Sektor veranlasst worden. Das Problem sei die Umsetzung, als einen Punkt daraus erwähne er die Grundstücksüberfahrten mit Holperpflaster, die nach wie vor falsch gebaut bzw. falsch vorgegeben werden. Dass bis heute keine neuen Regelungen getroffen worden nach 5 Jahren, das finde er mäßig. Die Mittel für den Fußverkehr müssen richtig ausgegeben werden. Alles was falsch gebaut werde, seien Fehlinvestitionen. Transparenz müsse in die ganze Sache kommen, dazu brauche man die Unterstützung des Oberbürgermeisters. Sondernutzung sei ein selbst gemachtes Problem, man tue sich dort sehr schwer. Als Beispiel nenne er den Striezelmarkt. Es wäre die Sensibilisierung aller am Prozess Beteiligten nötig, das habe man schon in den Vorjahren gesagt.

Herr Stadtrat Rentsch fragt den Oberbürgermeister nach dem Stand „Parken auf dem Fußweg (medizinischer Dienst, Therapeuten) - Nutzung eines Sondertickets“ und weist auf ein Schreiben hin. Das Thema sei ganz akut, man werde immer wieder auf das Thema angesprochen.

Der Oberbürgermeister, Herr Hilbert, könne derzeit keine Auskunft darüber geben und reiche die Antwort nach. Zu den Ausführungen von Herrn Kummer äußert er, dass die wichtigste Fragestellung bei weiteren Haushaltsplanungen sein werde, wie weit man mit der Doppik genügend Mittel zur Re-Investition bei allen Themenfeldern einstelle.

Es gibt keine weiteren Fragen und **Herr Stadtrat Rentsch** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

2 Festlegungen und Kontrolle der Beschlüsse des Seniorenbeirates

In der 6. Sitzung des Seniorenbeirates am 10. November 2015 zum Thema „Fortschreibung des Aktionsplanes Gesundes und aktives Altern in Dresden“ ist vom Geschäftsbereich die Zuarbeit zur Frage „Existiert noch das Pharmatelefon in Dresden“ vom 10. Dezember 2015 allen Mitgliedern von der Schriftführerin zugesandt worden.

Die Antwort der Verwaltung sei aus dem Schreiben nicht deutlich, bemängelt **Herr Dr. Müller**.

Herr Kathert fügt hinzu, das Pharmatelefon gebe es weiter, allerdings mit einem neuen Betreiber und fragt Frau Lohse vom Sozialamt, ob dies stimme.

Frau Lohse, Sozialamt, könne darauf nicht antworten, dies müsse das Gesundheitsamt tun.

Es wird festgelegt, die Frage erneut an den Geschäftsbereich Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen zu richten.

Es gibt keine weiteren Äußerungen und **Herr Stadtrat Rentsch** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

3 Schutz und Würde am Ende des Lebens, Hospiz und Palliativversorgung in Dresden

Frau Dr. Grom informiert umfangreich zum Thema „Schutz und Würde am Ende des Lebens - Möglichkeiten einer menschnahen Begleitung“ anhand beiliegender Präsentation.

Es gibt keine weiteren Fragen und anschließend berichtet **Frau Dr. Sawatzki** zum Thema „Würde des Menschen im letzten Lebensabschnitt - Palliativ- u. Hospiz-Versorgung sichern / Gesetz zur Sterbehilfe“. Die Präsentation liegt als Anlage bei.

Frau Lohse, Sozialamt, erläutert im Anschluss, wie sich die Landeshauptstadt Dresden an der Weiterentwicklung beteiligt. Sie informiert, dass man momentan in Dresden 5 ambulante Hospizdienste habe:

- der evangelisch-lutherische Dienst an der Diakonissenanstalt,
- der christliche Hospizdienst,
- der Malteserhospizdienst,
- der Hospizdienst der Volkssolidarität und
- der Kinderhospizdienst.

In Dresden gebe es ein Tageshospiz, aber kein stationäres Hospiz. Da müsse auf das vorhandene Hospiz in Radebeul zurückgegriffen werden. Die Akademie für Palliativmedizin und Hospizarbeit ist in Dresden der engagierte Bildungsträger auf dem Gebiet, in den stationären Pflegeeinrichtungen sei augenscheinlich eine zunehmende Verbesserung der Versorgung erkennbar, berichtet Frau Lohse. Als Landeshauptstadt fördere man den Hospizgedanken. Es gebe eine Kofinanzierung zu Finanzierungen nach der Hospizrichtlinie über das Land und über Mittel, die Krankenkassen bereit stellen. Ziel sei immer eine bedarfsgerechte vernetzt arbeitende Infrastruktur. Abschließend meint Frau Lohse, dass die Landeshauptstadt einen sehr hohen Bedarf an einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit in dem Bereich Sterben, Trauer, Tod sehe. Es sei gut vorstellbar, dieses Thema in der Steuerungsgruppe Pflegenetz 2016 auf die Agenda zu setzen. Eine ideelle sowie materielle Unterstützung für die Hospizdienste bereit zu stellen, sei in 2016 und 2017 wahrscheinlich in jedem Fall gegeben, über einen Ausbau müsse man sich mit den einzelnen Einrichtungen noch einmal verständigen. Die Mitarbeit in der Landesarbeitsgemeinschaft Hospiz müsse verbessert werden, das sei in den letzten Jahren nicht so gut gelungen. Außerdem sollten die Hospizdienste untereinander in der Landeshauptstadt stärker an einen Tisch gebracht werden, um eine vernetzte Arbeit noch besser sicherzustellen.

Frau Dr. Grom ergänzt, es müsse größere Synergieeffekte geben, auch bei der Finanzierung und erläutert dies allumfassend. Abschließend fügt sie hinzu, dass die ganze Begleitung gut für Kasenpatienten sei. Als Privatpatient werde es ganz schwierig, denn bei den privaten Kassen fehle immer noch die Verständigung, wie zum Beispiel im ambulanten Bereich. Zum Thema „Würde“ möchte Frau Dr. Grom sensibilisieren. Sie sagt, es gebe Fehlpriorisierungen in unserer Gesellschaft und ein gutes Zusammendenken und -halten sei wichtig, da jeder Mensch eine Form der Begleitung braucht.

Herr Dudeck ergänzt abschließend, im Gegensatz zum ländlichen Gebiet, sei man in Dresden gut aufgehoben.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt und **Herr Stadtrat Rentsch** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

4 Landesinitiative Demenz in Dresden

Frau Helms stellt ausführlich den neuen Landesverband der Selbsthilfe von Menschen mit Demenz und pflegenden Angehörigen anhand einer Präsentation (s. Anlage) wie folgt vor:

- Struktur
- Unterstützung von Teilhabe im öffentlichen Raum und Enttabuisierung
- Angebote für Menschen mit Demenz
- Angebote für pflegende Angehörige
- Unterstützung bei der Hilfe zur Betreuung und Pflege
- Unterstützung bei der Schaffung dauerhafter Strukturen durch Mitarbeit in Gremien
- Projekte 2016/2017
- Mitgliedschaft.

Herr Dr. Müller stellt die Frage zum Konzept „Demenzfreundlichen Kommune“, welche Schwerpunkte man dort sehe. In Sachsen sei davon wenig zu spüren. Des Weiteren interessiere ihn zum Thema „Wohnen“ Alzheimergesellschaft auch als Akteur in der Kommune.

Es gebe zahlreiche demenzfreundliche Kommunen in Deutschland, antwortet **Frau Helms**, die alle verschiedene Schwerpunkte haben. Es gebe keine einheitliches Konzept. Sie weiß, dass es in Dresden die Schulung der Bürgerschaft und die Schulung von Polizei und Handel gebe. Frau Helms könne sich gut vorstellen, dass es einen großen Bedarf gebe, so etwas flächendeckend umzusetzen. Im Jahr 2017 sei ein Thementag „Demenz“ mit dem Schwerpunkt „Wohnen“ in Radebeul geplant.

Herr Dudeck arbeite als Begleitassistent im ambulanten Behindertenzentrum der Diakonie und erlebe Arztbesuche vorbereiten/durchführen und niedrigschwellige Angebote. Zum Thema „Notfallmappe“ als Hilfsmittel frage er nach dem Stand.

Es werde mit Sicherheit keine neue Notfallmappe geben, erwidert **Frau Helms**, es gebe schon - wie bereits auch Herr Dudeck ausführte - eine ganze Reihe von Notfallmappen. Wichtig sei der Einsatz/Umgang damit. Abschließend ergänzt Frau Helms, dass Sachsen im Moment das einzige Bundesland sei, welches Nachbarschaftshelfer habe. Diese werden im Diakonissenkrankenhaus zum Nachbarschaftshelfer vom Landesverband ausgebildet. Es gebe viele interessierte Menschen. Sie bemängelt allerdings, dass Nachbarschaftshelfer auf sich allein gestellt sind und ihnen keine Berater zur Seite stehen. Das müsse geändert werden, da es eine gute Sache sei.

Da es keine weiteren Fragen gibt, schließt **Herr Stadtrat Rentsch** den Tagesordnungspunkt ab.

Fragen an die Bürgermeisterin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Wohnen können gestellt werden, da Frau Dr. Kaufmann die Sitzung vorzeitig verlassen muss.

Herr Dudeck interessiere zum Thema niedrigschwellige Angebote von Seniorenbetreuung und -begleitung, was es dazu in der Stadt Dresden gebe und wie dies durch Landesmittel finanziert werde. Des Weiteren berichtet er über den Eingang eines Antrages des ambulanten Behindertenzentrums im Juni 2015 für das Jahr 2015. Dazu sei keine Antwort gekommen.

Frau Dr. Kaufmann kenne den Förderantrag des ambulanten Behindertenzentrums nicht und übergibt zum ersten Teil das Wort an Frau Lohse vom Sozialamt.

Frau Lohse, Sozialamt, antwortet, dass der Ergänzungsantrag zur Durchführung des Assistenzdienstes für Menschen mit Behinderung eingereicht sei. Der Antrag über eine anteilige Zuschussung von Monatskarten und Finanzierung von 4er-Karten für 2016 werde vom Sozialamt befürwortet. Eine Nachweisführung beim Träger sei dabei zwingend. Eine rückwirkende Bewilligung für 2015 sei auf Grund der Haushaltssperre nicht möglich. Ab 2016 werde das Sozialamt eine Bewilligung, vorbehaltlich der zu bewilligenden Haushaltsmittel prüfen. Frau Wyzisk stehe mit dem Träger in Verbindung. Zum Thema „Nachbarschaftshelfer und Alltagsbegleiter“ lädt Frau Lohse an dieser Stelle nochmals herzlich ein, am 5. Februar 2016 in der Arbeitsgruppe, die sich ganz konkret mit dem Thema befasst, mitzuarbeiten.

5 Niedrigschwellige Angebote - Nachbarschaftshelfer und Alltagsbegleiter

Vertagt auf nächste Beiratssitzung.

6 Asylpolitik in Dresden

Herr Beine spricht zum Thema „Übersicht Cultus“ sowie welche Herausforderungen auf das Unternehmen wartet im Zusammenhang mit dem Thema Asyl anhand beiliegender Präsentation:

- Das Unternehmen im Überblick
- Das Unternehmen - Eckpunkte
- Rückblick 2015/Ausblick 2016
- MDK-Regelprüfungen 2015
- Befragung der Bewohner
- Interkulturelle Kompetenz entwickeln
- Gewinnung von Hilfs- und Fachkräften.

Frau Dr. Sawatzki stellt die Frage, ob die Ambulantisierung der Pflege und die Bezahlung durch die Kassen nahtlos anerkannt werde.

Die Pflegekassen würden das Thema „ambulant vor stationär“ sehr ernst nehmen, erwidert **Herr Beine**. Die ersten Grundlagen seien gelegt, dass die Refinanzierung im ambulanten Bereich für Pflegebedürftige interessanter ist, als im voll stationären Bereich. Die voll stationäre Pflege werde teurer, die Unterstützung im ambulanten Bereich intensiver, so dass alles getan werden müsse, um ambulante Strukturen zu bilden.

Frau Dr. Sawatzki ergänzt zu den Ausführungen und informierte vom Seniorentag in Frankfurt. Dort habe sie viele Informationen zur Ambulantisierung der stationären Pflege erhalten. Sie findet es sehr gut, wenn es so positiv laufe, wie Herr Beine darstellt.

Herr Dudeck fragt, ob das Objekt „Olga Körner“ noch auf Gehörgeschädigte spezialisiert sei und im Zusammenhang mit Asyl zum Beispiel im Objekt „Elsa Fenske“ und zu Ehrenamtstätigkeiten.

In diesem Objekt gebe es spezielle Vorrichtungen für Höreingeschränkte, antwortet **Herr Beine** und fasst die Fragen zusammen. Man nehme dort allerdings nicht nur Hörgeschädigte auf, deshalb sind diese speziellen Kapazitäten manchmal erschöpft. Zum Objekt „Elsa Fenske“ hätten sich Mitarbeiter qualifiziert, man hat dort speziell für syrische Bewohner Angebote gemacht und arbeite mit der Gemeinde zusammen, dies laufe relativ gut. Im Unternehmen arbeiten 68 Ehrenamtliche, dies sei mittlerweile eine hohe Zahl.

Herr Hirschwald informiert ebenfalls zum Thema anhand der beiliegender Präsentation:

- Unterbringung als städtische Aufgabe
- Asylsuchende in Deutschland
- Bilanz 2015
- Ausblick 2016
- Ehrenamt in der Flüchtlingshilfe
- Begegnung in der Flüchtlingshilfe
- Aufgaben des Ehrenamtskoordinators
- Fortbildung für Ehrenamtliche
- Informationen.

Im Anschluss stellt **Herr Dudeck** die Fragen, was man im Zusammenhang mit den neu ankommenden Flüchtlingen koordinieren könne, wo Bedarf sei und zu Kosten des von der Stadt erstellten Ordners.

Herr Hirschwald erwidert, es gebe diesen Ordner zur Einweisung von Flüchtlingen, das sei aber Zuständigkeit der Sozialarbeiter. Er könne somit auch keine Aussagen zu Kosten und Auflagen machen. Seiner Kenntnis nach, gebe es diesen Ordner noch nicht in allen Sprachen, zusätzlich liege auch die Broschüre „Angekommen in Dresden“ in allen Sprachen vor.

Frau Böhmig interessiere, wie die Altersstruktur unter den angekommenen Flüchtlingen in Dresden sei.

Von den ankommenden Flüchtlingen seien 80 Prozent im Alter zwischen 18 und 30 Jahren, antwortet **Herr Hirschwald**. Der Anteil älterer Flüchtlinge ist nach seiner Kenntnis, sehr sehr gering.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt und **Herr Stadtrat Rentsch** schließt den Tagesordnungspunkt ab.

8 Sonstiges/Allgemeines

Es wurde über folgende Termine informiert:

- 16. März 2016 - Pflegestammtisch
- 13. April 2016 - Landesseniorenvertretung Sachsen und Landesinitiative Demenz Sachsen e. V., Kulturrathaus 10:00 - 16:00 Uhr „Konferenz Demenz und niedrigschwellige Angebote“.

Klaus Rentsch
Vorsitzender

Kerstin Kinscher
Schriftführerin

Jürgen Eckoldt
Mitglied

Jürgen Dudeck
Mitglied